

ANPASSUNG ODER UNTERGANG

André Leysen vom Handelsblatt
schreibt über Unternehmenskontrolle
und Mitbestimmung: Es kann keine
Festung Deutschland geben

Handelsblatt
Wirtschafts- und Finanzzeitung

Die freie Marktwirtschaft wirkt im Spannungsfeld zwischen Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Mit der Sozialen Marktwirtschaft, dem so genannten „Rheinischen Modell“, meinten wir ein System gefunden zu haben, das beide Zielsetzungen vereint. Man übersah dabei, dass Menschen interessenmaximierende Wesen sind, die jedes System zunächst auf die eigenen Vorteile überprüfen. Was als Versicherung für Notfälle gedacht war, wurde als ein Anrecht auf Umverteilung verstanden. Die Erfahrung und das Wissen um die Schwächen des Systems führten dazu, dass immer mehr Lasten auf die Sozialversicherung abgewälzt wurden. Das Problem der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass man wahre Not und Trittbrettfahrerei, das Ausnutzen staatlicher Transferzahlungen durch Leute, die nicht bedürftig sind, nicht auseinander halten kann. Kein Gesetzestext kann die Phantasie des Bürgers in Schranken halten. Wie ist es zu alledem gekommen? Wir haben wohl alle gegen mehrere Basisprinzipien verstoßen. Wir haben soziale Ausgaben genehmigt, deren Kosten zu Lasten der nächsten Generation gehen. Wir haben das Leistungsprinzip beeinträchtigt, indem wir Passivität und nicht Aktivität gefördert haben. Wir haben in dem Prozess denen, die Umverteilung orchestrierten, eine zu große Machtfülle gegeben, aus einigen Politikern „Berufsumverteiler“ gemacht. Ihre Maßlosigkeit ist die Ursache dafür, dass unser System im Wettbewerb mit dem uns im Grunde fremden angelsächsischen System verdrängt werden könnte. Die trotz der lobenswerten und mutigen Maßnahmen der Regierung Schröder zunehmenden Haushaltsdefizite bestätigen diese Aussichten. Es bedarf weiterer Schritte, bevor eine Besserung eintreten wird. Wer auch immer Deutschland in den nächsten Jahren regieren mag – er wird mit diesen harten Fakten konfrontiert werden.


Gastkommentar


verlagert wird. Der Siemens-Chef von Pierer hat die Gewerkschaften auf ihre Kurzsichtigkeit hingewiesen. Wie kann man ihn, der sein Unternehmen mit so viel Sinn für das Gemeinwohl geleitet hat, einen „Arbeitszeitrambo mit Lizenz zum Jobkillen“ nennen? Siemens beschäftigt in der ganzen Welt 415 000 Mitarbeiter, wovon nur noch 40 Prozent Deutsche sind. Wie viele deutsche Mitarbeiter wären übrig geblieben, wenn von Pierer vor zehn Jahren den Forderungen der Gewerkschaft gefolgt wäre? Man vergisst in Deutschland nur allzu leicht, dass die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer durch eine Art Subventionierung die Möglichkeit schafft, die Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Für 80 Prozent der Weltbevölkerung ist der deutsche Arbeiter heute genauso ein Kapitalist wie der Unternehmer zu Gerhart Hauptmanns Zeiten, denn er kann seinen Lebensstandard nur durch die Arbeit von Minderbezahlten halten. Es ist überhaupt unlogisch, dass deutsche Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten über das Schicksal der Mehrheit der nichtdeutschen Mitarbeiter bestimmen. Deutschland hat durch die Mitbestimmung auch in der Europäischen Union ein Problem. Es hat 25 Jahre lang die Verabschiedung eines Europa-Statuts für die Unternehmen unmöglich gemacht. Die wirtschaftliche Integration Europas wurde damit weiter erschwert. Ein Beharren auf der Mitbestimmung ohne jede Anpassung könnte schnell zur Isolation mit schlimmen Folgen führen. Die byzantinische Mitbestimmungsstruktur macht eine

ordentliche Arbeit des Aufsichtsrats wegen mangelnder Diskretion unmöglich. Indem sie ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Vorstand und Arbeitnehmervertretern geschaffen hat, ist sie darüber hinaus die Ursache einer möglichen Verfilzung der Interessen beider Sozialpartner. Beide einigen sich auf Kosten des abwesenden Dritten, des Staates und letztendlich des Steuerzahlers. Die Frühverrentung ist das klassische Beispiel: Ihre Kosten schlagen erst zu Buche, wenn diejenigen, die sie gewährt haben, keine Verantwortung mehr tragen. Laut Bundesrechnungshof hat der Bund bei der Vorbereitung des geplanten Börsengangs der Post die astronomische Zahl von 573 Milliarden Euro für Pensionsverpflichtungen für Beamte und ihre Kinder über den Zeitraum 2001 bis 2090 übernehmen müssen. Während wir in Renten und Trennungsgeldern investieren, also in die Vergangenheit, investiert die angelsächsische Welt in die Zukunft. Man muss fairerweise anerkennen, dass die Mitbestimmung auch gute Seiten hat, denn sie macht durch Mitbeteiligung an bedeutenden Entscheidungen aus Mitarbeitern „Mitgestalter“, die Mitverantwortung

tragen. Darüber hinaus sorgen die verschiedenen Gremien für eine gründliche Information der Basis, was viele Konflikte von vorneherein vermeidet. Der Informationsstrom fördert das Verständnis für ökonomische Zusammenhänge und zahlt sich in schwieriger Lage aus. Ich habe einen der ersten großen Sanierungsfälle, nämlich die Schließung des Agfa-Kamerawerkes 1982 in München, durchgeführt. Zusammenfassend kann ich hier nur sagen, dass ich beeindruckt war von der Disziplin und dem Sinn für Verantwortung, die von Arbeitnehmerseite gezeigt wurden. So etwas wäre in keinem anderen Land möglich.

Neue Erkenntnisse haben mich aber zunehmend skeptischer gemacht. Die vorgegebene Struktur der Mitbestimmung bewirkt unter anderem, dass Vorstand und Mitarbeitervertreter an einer Allianz interessiert sind. Der Vorstand kann seine Ernennung, Erneuerung und finanzielle Ausstattung de facto nicht ohne passendes Stimmverhalten der Arbeitnehmervertreter im Präsidium des Aufsichtsrats durchsetzen, die Gewerkschaften können ihre Anliegen ohne das Wohlwollen des Vorstands nicht

